



Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1351
Telefon 030 227 – 77 654
Fax 030 227 – 76 654
E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis
Hopfenstraße 4
47441 Moers
Telefon 02841 9980599
Fax 02841 9980588
E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis
Südwall 38
47798 Krefeld
Telefon 02151 319650
Fax 02151 8207611
E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 6. Juli 2010

Bericht aus Berlin 11/2010

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

Angela Merkel flieht zur Fußball-WM, Schwarz-Gelb rettet sich in die Sommerpause. Nach einem Regierungsversagen in Serie, das jetzt neun Monate andauert, nach fortgesetzter Entscheidungsunfähigkeit bei nahezu allen wichtigen politischen Fragen, nach einem Misstrauensvotum gegen Merkel bei der Bundespräsidentenwahl, taumelt die Koalition in die Ferien. Wir haben uns die zurückliegenden Monate noch einmal angeschaut und verglichen, was Schwarz-Gelb im Wahlkampf versprochen, im Koalitionsvertrag angekündigt und was die Regierung tatsächlich geliefert hat. Das Ergebnis führt die gebrochenen Wahlversprechen von Schwarz-Gelb in ihrem nie dagewesenen Ausmaß vor Augen (siehe Anlage).

Der schwerwiegendste Wortbruch von Schwarz -Gelb ist die Nettolüge -

versprochen wurden Milliarden über Milliarden an Steuersenkungen zur Entlastung der unteren und mittleren Einkommen. „Mehr Netto vom Brutto“, hieß der Slogan. Vielfach war die Aussage zu hören: „Wir sind nicht gewählt, um Beiträge zu erhöhen.“ Nach neun Monaten ist klar, dass das Gegenteil geschieht. Die Steuersenkungen wurden nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen beerdigt. Stattdessen steigt die Steuerlast für Unternehmen wie für Bürger. Vor allem aber werden Arbeitslose, Rentnerinnen und



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rentner, normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr belastet durch steigende Abgaben und Gebühren. „Weniger Netto“ ist die Folge, und genau das machen wir in dieser Woche zum Thema der Aktuellen Stunde.

Ein Offenbarungseid ist das vollständige **Scheitern in der Gesundheitspolitik**. Gesundheitsminister Rösler hat gesagt, wenn ihm die Gesundheitsreform nicht gelinge, wolle ihn als Minister keiner mehr haben. Dieser Fall scheint jetzt eingetreten. Fantasielos, kraftlos, beinahe willenlos fügt sich der Gescheiterte in die Regierungsunfähigkeit der Koalition. Monatelanger Streit, die Einsetzung einer Regierungskommission, vollmundige Ankündigungen eines Systemwechsels mit der Kopfpauschale - und alles, was herauskommt, ist die Erhöhung der Beiträge für gesetzlich Versicherte. Auch die Zusatzprämien sollen erhöht werden. Der Deckel bei ein Prozent des Einkommens soll auf zwei Prozent angehoben werden, ginge es nach der Mehr-Netto-Partei FDP sogar ganz entfallen. Das ist unsozial und wird besonders die unteren und mittleren Einkommen treffen. Von einem Sozialausgleich ist gar nicht mehr die Rede. Die Versuche, bei den Arzneimittelkosten zu sparen, kommen spät, sind halbherzig und unausgegoren. Erinnern wir uns: Schon nach 100 Tagen Schwarz-Gelb erhoben etliche Krankenkassen Zusatzbeiträge. Nach einem Jahr Schwarz-Gelb steigen Beiträge und Zusatzprämien. Das Versagen der Koalition wird teuer für Millionen gesetzlich Versicherte.

In dieser Woche liegt der **Haushalt 2011 und der Finanzplan bis 2014** im Regierungsentwurf vor. Wieder ein Dokument des Scheiterns, das belegt, wie vor allem die Schwächeren in der Gesellschaft für die schwarz-gelben Steuerprivilegien und Klientelgeschenke zahlen müssen. Union und FDP haben „Steuergerechtigkeit“ versprochen. Was jetzt kommt, grenzt an vorsätzlichen politischen Betrug. Nachdem FDP und CSU im Wahlkampf Mövenpick-Spenden erhalten haben, kam zum Jahresanfang die Umsatzsteuerbegünstigung für Hoteliers. Auch Unternehmen, die besonders kreativ bei der Umgehung ihrer Steuerpflicht sind, sich arm rechnen und Gewinne ins Ausland verlagern, wurden von Schwarz-Gelb erneut begünstigt. Das alles in einem Jahr, in dem der Bund eine historisch noch nie dagewesene Neuverschuldung von mehr als 80 Milliarden Euro aufnehmen musste, die im Haushaltsvollzug nur deshalb auf 65 Milliarden sinkt, weil die Konjunktur etwas besser als erwartet läuft. Wer für Begünstigung, Privilegien und Klientelpolitik auf Pump zahlen soll, hat die schwarz-gelbe Sparliste offenbart, die in den Haushaltsentwurf eingeflossen ist: Konkret wird die Koalition bei den Einschnitten in die Vermittlung und Förderung von Arbeitslosen, beim Streichen des Elterngelds, der Rentenversicherung und des Heizkostenzuschusses für Arbeitslose. Luftig, unklar und zerstritten bleibt die Regierung aber da, wo es um die Beteiligung der Finanzbranche geht. Eine Finanzmarktsteuer konnte beim Treffen der G20 in Toronto international nicht vereinbart werden. Ob jetzt tatsächlich eine



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

europäische Lösung kommt, ist zweifelhaft. Die Regierung Merkel kann sich nicht entschlossen dafür einsetzen, weil sie nicht geschlossen in dieser Frage ist. Andere Luftbuchungen im Haushaltsentwurf sind die Rückführung der Energiesteuervergünstigungen der Industrie (1,5 Milliarden Euro), die Ticketabgabe im Flugverkehr (1 Milliarde Euro) oder auch der von Finanzminister Schäuble so genannte „Beitrag der Kernenergiewirtschaft“ (2,3 Milliarden Euro). Bei keinem dieser Punkte ist auch nur im Ansatz erkennbar, wie er ausgestaltet und durchgesetzt werden soll. Keiner dieser Milliarden-Posten steht bislang im Gesetzblatt. Deshalb werden wir genau prüfen, wie die Begleitgesetzgebung zum Bundeshaushalt läuft, bei der die Regierung im August und September Farbe bekennen muss. Die erste Lesung des Haushalts Mitte September ist die Stunde der Wahrheit.

Von zentraler Bedeutung ist die **Einführung einer Brennelementesteuer**. Sie beseitigt ein ungerechtfertigtes Privileg der Atomkraft. Während die Strompreise für den Verbraucher durch die „Einpreisung“ des CO₂-Emissionsrechtehandels steigen, bleiben die Kernkraftbetreiber von den Kosten der spezifischen Risiken und Lasten der Atomkraft verschont. Sie fahren daher jedes Jahr erhebliche Mitnahmegewinne ein, die von Experten auf 3,4 Milliarden Euro geschätzt werden. Dies hat mit der Frage einer Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken nichts zu tun. In der Kernzeitdebatte dieser Woche verlangen wir deshalb von der Bundesregierung, unverzüglich ein Gesetz vorzulegen, das zum 1. Januar 2011 eine Verbrauchssteuer auf die Spaltung von Kernbrennstoffen einführt. So lange die Atomkraftwerke laufen, muss sichergestellt sein, dass die Betreiber an den Kosten und Schäden, die sie einschließlich der Endlagerung von Atommüll verursachen, angemessen beteiligt werden. Wir fordern außerdem: Kein Ausstieg aus dem Atomausstieg. Der im Atomkonsens mit den Energieversorgungsunternehmen vor zehn Jahren erreichte Durchbruch darf nicht in Frage gestellt werden. Für eine Verlängerung der Laufzeiten gibt es keine Mehrheit in Deutschland.

Nach der Sommerpause wird Deutschland ein Jahr lang nicht mehr regiert. Zu den Negativrekorden der Koalition gehört folgerichtig auch der dramatisch beschleunigte Vertrauensverlust. Im Sommer 2010 hat die Regierung im Meinungsbild der Bevölkerung ihre Mehrheit verloren. Auch die Zustimmung zur Kanzlerin ist massiv eingebrochen. Das Misstrauensvotum gegen das System Merkel eint nahezu 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger. Die SPD hat sich stabilisiert und ist gemeinsam mit den Grünen bei 47 Prozent an die Schwelle einer neuen Mehrheit für Rot-Grün gekommen. Nicht zuletzt durch den Verlust der schwarz-gelben Bundesratsmehrheit wächst das Gewicht der Opposition. Wir werden mit Tatkraft, Verantwortungsbewusstsein und Gestaltungsbereitschaft unseren Kurs fortsetzen.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Mit freundlichen Grüßen





Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Brennelementesteuer - Windfall Profits der Atomwirtschaft abschöpfen

Zentrale Forderung unseres Antrages, der diese Woche in erster Lesung beraten wird, ist die Einführung einer Brennelementesteuer. Durch diese Steuer soll der Wettbewerbsvorteil der Atomkraft gegenüber fossilen Energieträgern, die durch den CO₂-Emissionshandel sukzessive verteuert werden, ausgeglichen werden. Außerdem soll die Atomwirtschaft an den Kosten des Bundes für die Stilllegung und den Rückbau kerntechnischer Anlagen einschließlich der Endlagerung radioaktiver Abfälle angemessen beteiligt werden. Wir fordern von der Bundesregierung den Verzicht einer Verlängerung der Atomkraftwerkslaufzeiten. Die Bundesregierung soll sich für die Einführung einer EU-weiten Brennelementesteuer einsetzen.

Stabilisierung des Finanzsektors - Eigenkapitalvorschriften für Banken angemessen überarbeiten

Zurzeit werden die derzeit geltenden Regelungen der Eigenkapitalvorschriften für Finanzdienstleistungsinstitute vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht überarbeitet. Gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen sowie der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen haben wir dazu einen gemeinsamen Antrag vorgelegt, mit dem die deutsche Position bei den internationalen Verhandlungen gestärkt werden soll. Über den Antrag debattiert der Deutsche Bundestag in dieser Woche abschließend. Die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft soll unbedingt gesichert werden. Bei den internationalen Verhandlungen soll auf Chancengleichheit zwischen internationalen und nationalen Kreditinstituten geachtet werden. Im Weiteren fordern wir, dass die von den 20 größten Industriestaaten (G-20) vereinbarten Reformen zum Finanzsektor, nach denen jedes Produkt, jeder Akteur und jeder Finanzmarkt reguliert werden soll, zügig und ohne jeden Zeitverlust auf europäischer und nationaler Ebene umgesetzt werden. Im Rahmen der Selbstverpflichtung der G-20 sollen außerdem die unter dem Begriff „Basel II“ bekannten internationalen Eigenkapitalvorschriften in allen wichtigen Finanzzentren eingeführt werden. Künftige Eigenkapitalvorschriften sollten aber so ausgestaltet werden, dass sie nicht prozyklisch wirken. Bei allen Maßnahmen soll der Gefahr einer Kreditklemme infolge der erhöhten Anforderungen an das Eigenkapital durch angemessene Übergangsregelungen für die Nutzung bereits vorhandener und bis zur Umsetzung der neuen Regelungen aufgenommener Eigenkapitalinstrumente entgegen gewirkt werden. Darüber hinaus fordern wir die Einführung eines „atmenden“ Kapitalpuffers. Mit dem Puffer soll möglichst automatisch auf Veränderungen der im Konjunkturverlauf schwankenden Eigenkapitalanforderungen reagiert werden. Außerdem soll vor der Einführung einer Verschuldungsquote (Leverage Ratio) für Kreditinstitute die Ergebnisse laufender Studien abgewartet werden. Besonders wichtig



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

sind dabei Erkenntnisse im Hinblick auf mögliche Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Rechnungsstandards.

Modernisierungspartnerschaft mit Russland - Gemeinsame Sicherheit in Europa durch stärkere Kooperation und Verflechtung

Ein stabiles Russland ist ein zuverlässigerer Partner für Deutschland und die Europäische Union (EU). Eine konstruktive und kooperative Beziehung zu Russland ist Voraussetzung für Sicherheit und Stabilität in Europa. Wir bekennen uns klar zum Ziel einer strategischen Partnerschaft und zur Unterstützung der Modernisierung Russlands. Die von Deutschland und der EU angestrebte „strategische Partnerschaft“ mit Russland zielt auf die gemeinsame Lösung globaler Fragen sowie regionaler Krisen und Konflikte. Präsident Medwedjew verfolgt ein ambitioniertes Programm innerer Reformen besonders der Justiz, um die Modernisierung der russischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik voranzutreiben, und hat dafür von Anfang an die Unterstützung Westeuropas und der USA gesucht. Frank-Walter Steinmeier hat bereits im Frühjahr 2008 eine umfassende

„Modernisierungspartnerschaft“ angeboten, die Deutschland und die EU nun in die Tat umsetzen sollen. Die EU dringt seit langem auf einen qualitativen Ausbau der Zusammenarbeit mit Russland mit dem Ziel der Schaffung von vier Gemeinsamen Räumen (Wirtschaft; äußere Sicherheit; Recht und innere Sicherheit; Forschung, Bildung, Kultur). Die Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wurden im Herbst 2008 wieder aufgenommen. Wir treten für eine konstruktive Reaktion auf Medwedjews Initiative ein, ebenso für eine verstärkte Kooperation mit der EU sowie im NATO-Russland-Rat. Wir streben eine gemeinsame Russlandpolitik der EU und den baldigen Abschluss des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Russland über die vier Gemeinsamen Räume an.

Unsere Verantwortung für die Gesundheit in Entwicklungsländern

Zur Bekämpfung der vernachlässigten Erkrankungen und von Kinder- und Müttersterblichkeit bedarf es des gemeinsamen internationalen Engagements von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Armutsbedingte, vernachlässigte Krankheiten sind immer noch dafür mitverantwortlich, dass die Lebenserwartung in den Entwicklungsländern bis zu 30 Jahre unter der in Industriestaaten liegt. Jahr für Jahr sterben Millionen Menschen an Krankheiten, die vermeidbar oder behandelbar wären. HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria fordern Millionen Todesopfer. Unter den acht Millenniumsentwicklungszielen, auf die sich die Weltgemeinschaft im Jahr 2000 einigte, sind auch die Bekämpfung von Kinder- und Müttersterblichkeit und von übertragbaren Krankheiten. Der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) spielt dabei eine entscheidende Rolle. In diesem Jahr findet am 5. Oktober in



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

New York, unter Vorsitz des UN Generalsekretärs Ban Ki Moon, die nächste Wiederauffüllungskonferenz für den Fonds statt. Die Entwicklungsländer sind dabei ebenso in der Pflicht, ihre Verantwortung beim Aufbau und Ausbau ihres Gesundheitswesens wahrzunehmen und hier eigene Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag u. a. dazu auf, dem Globalen Fonds für seine Arbeit und zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele ausreichend und verlässlich Mittel zur Verfügung zu stellen, Forschung und den Aufbau von Gesundheitssystemen zu fördern sowie den Genderaspekt zu berücksichtigen. Entwicklungsländer, die Partner der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind, sollen mindestens 15 Prozent ihres Haushaltsbudgets für das Gesundheitswesen einsetzen.

Herausforderung Millenniums-Entwicklungsziele

Als sich im September 2000 in New York 189 Staats- und Regierungschefs mit der Unterzeichnung der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen erstmals auf einen Katalog grundsätzlicher, verpflichtender Zielsetzungen für eine weltweite Entwicklungspolitik einigten, haben sie der Welt ein ehrgeiziges, aber erreichbares Versprechen gegeben. Die konkreten Ziele - die Bekämpfung der extremen Armut, die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung, die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, die Senkung der Kindersterblichkeit und die Verbesserung der Müttergesundheit, der Kampf gegen HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten, die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und der Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft - sollen, so wurde es vereinbart, bis zum Jahr 2015 erreicht werden. U. a. fordern wir die Bundesregierung auf, bis zum Jahr 2015 einen Anteil von 0,7 Prozent für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bereit zu stellen. Mit zahlreichen weiteren Forderungen wollen wir dazu beitragen, dass Deutschland alles versuchen muss, um die Millenniumsziele tatsächlich zu erreichen.

Menschenhandel bekämpfen und den Opferschutz stärken

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel und zum Opferschutz vorgelegt. Wir begrüßen in unserem Antrag ausdrücklich das Anliegen des aktuellen Vorschlags, die Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel zu verbessern. Allerdings weisen wir dabei auf weitere Ansätze und Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel hin. Opferschutz und Prävention sollen sowohl auf der Ebene der Europäischen Union als auch der der Mitgliedstaaten noch stärker betont und einen Schwerpunkt der künftigen Richtlinie bilden. Auf EU-Ebene soll dafür Sorge getragen werden, dass für Opfer von Menschenhandel nicht nur während der Dauer eines Strafverfahrens, in dem sie Zeuge sind, sondern auch danach ein Aufenthaltstitel vorgesehen wird. Zudem soll in Deutschland dafür Sorge getragen



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

werden, dass die Regelung des vorübergehenden Aufenthaltstitels (§ 25 Absatz 4a Aufenthaltsgesetz) von einer Kann- in eine Soll-Vorschrift geändert wird. Die Bundesregierung wird aufgefordert, hierauf bei den weiteren Verhandlungen im Rat sowie mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament hinzuwirken. Die Bundesregierung wird darüber hinaus auch aufgefordert, das Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels zügig zu ratifizieren und umzusetzen.

Änderung des Vormundschaftsrechts

Wir haben den Kinderschutz in der 16. Legislaturperiode mehrfach verbessert. Das Bundesjustizministerium hat einen Referentenentwurf zur Änderung des Vormundschaftsrechts vorgelegt, der jedoch nur Teile des Vormundschaftsrechts neu regelt. Dieser ist ein Schritt in die richtige Richtung, geht uns jedoch nicht weit genug. Die von der Bundesregierung angekündigte Gesamtreform des Vormundschaftsrechts ist erforderlich. Hierzu enthält unser Antrag zur Änderung des Vormundschaftsrechts zahlreiche konkrete Vorschläge. Wir begrüßen die im Entwurf vorgesehene Beschränkung der Anzahl von Amtsvormundschaften auf 40. Diese Fallzahlbegrenzung muss allerdings für alle Formen der Vormundschaft gelten, nicht nur für die Amtsvormundschaft. Der Vormund läuft bei einer größeren Zahl von Mündeln Gefahr, wegen des fehlenden persönlichen Kontakts keine Kenntnis von den tatsächlichen Verhältnissen zu bekommen, in denen sein Mündel lebt. Es wurden Fälle bekannt, in denen ein Vormund bis zu 200 Mündel betreute. Wir fordern darüber hinaus eine stärkere Beteiligung des Mündels und eine Verbesserung seiner verfahrensrechtlichen Stellung, die Förderung der Einzelvormundschaft, eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Familiengericht und Jugendamt, eine ständige Richterfortbildung sowie Verbesserungen im Bereich der Pflegeverhältnisse.

Schutz vor Kostenfallen im Internet

Die Bundesregierung schützt Verbraucher nicht ausreichend vor bestimmten Kostenfallen im Internet. Über Anzeigen auf Suchmaschinen locken unseriöse Unternehmen Internetnutzerinnen und -nutzer auf ihre Seiten. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher rechnen dort nicht damit, für Dienste oder Software zahlen zu müssen, die es im Internet im Normalfall kostenlos gibt. In gutem Glauben geben sie ihren Namen und ihre Adresse für eine vermeintliche Kundenregistrierung an - und haben ein teures Abo oder einen kostenpflichtigen Zugang abgeschlossen. Bundesministerin Aigner kündigte wiederholt Regelungen an, handelt aber nicht. Die Beschwerden von Verbraucherinnen und Verbrauchern nehmen immer weiter zu, und eine Regelung auf EU-Ebene ist nicht zu erwarten. Aus diesem Grund legen wir jetzt unseren Gesetzentwurf zur Verbesserung des Verbraucherschutzes vor. Mit einer Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches wollen wir eine so genannte „Button-Lösung“ für Vertragsabschlüsse im Internet einführen. Danach wird ein im Internet geschlossener



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Vertrag nur dann wirksam, wenn die Verbraucherin oder der Verbraucher einen gesonderten, besonders hervorgehobenen Hinweis („Button“) auf den Preis erhält und diesen durch Anklicken bestätigt hat. So wird Kostentransparenz im Internet gewährleistet und unseriösen Anbietern erschwert, Verbraucherinnen und Verbraucher durch unklare oder versteckte Preisangaben in Kostenfallen zu locken.

Angekündigte Mittelkürzung beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm zurücknehmen

Die Bundesregierung hat angekündigt, die Mittel für die KfW-Förderprogramme „Energetisch Bauen“ und „Energetisch Sanieren“ deutlich zu reduzieren. Damit konterkariert die Bundesregierung nationale und internationale Zielsetzungen zum Klimaschutz. Vor dem Hintergrund, dass 40% der CO₂-Emissionen dem Gebäudebestand zuzurechnen sind und die Programme zum energetischen Sanieren erfolgreich angewendet werden, sind hier große Einsparungen zur CO₂-Reduzierung zu erzielen. Ebenso tiefgreifend sind die Auswirkungen für Beschäftigung im Handwerk und Mittelstand. Wir fordern die Bundesregierung mit dem Antrag, der diese Woche in erster Lesung beraten wird, auf, die angekündigten Mittelkürzungen im Bereich der CO₂-Gebäudesanierung zu unterlassen und die Förderung statt dessen auf hohem Niveau zu verstetigen. Ferner soll die Beratung und Zielgenauigkeit des Programms verbessert werden.

Arbeitsmarktpolitik erfolgreich fortsetzen und ausbauen

Trotz anhaltender Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt sich der deutsche Arbeitsmarkt ergleichsweise robust. Doch die positiven Zeichen der letzten Monate dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass die Probleme auf dem Arbeitsmarkt noch nicht überwunden sind. Daher fordern wir in unserem Antrag, der in dieser Woche in erster Lesung beraten wird, die Bundesregierung zu folgenden Schritten auf:

- Kurzarbeit und Qualifizieren statt Entlassen: Entfristung der Regelungen für den erleichterten Bezug von Kurzarbeitergeld. Verlängerung der maximalen Bezugsdauer auf 36 Monate.
- Neue berufliche Perspektiven statt Entlassen: Erhöhung der qualitativen Anforderungen an Transfergesellschaften inklusive Einführung eines Zertifizierungsverfahrens, Formulierung von Mindeststandards beim Abschluss von Transfer-Sozialplänen, Verbesserung der Vermittlung aus der Transfergesellschaft in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.
- Erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik fortsetzen: Verlängerung beziehungsweise Entfristung bewährter Arbeitsmarktinstrumente wie Förderung beschäftigter Arbeitnehmer, Eingliederungszuschuss für Ältere, Vermittlungsgutschein, Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer, außerbetriebliche Berufsausbildung, Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer, Eingliederungszuschuss für



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

- jüngere Arbeitnehmer, erweiterte Berufsorientierung, Ausbildungsbonus und Berufseinstiegsbegleitung.
- Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit verhindern: Verlängerung der Förderung des dritten Jahres für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung in der Alten- und Krankenpflege durch die Bundesagentur für Arbeit um ein Jahr.
 - Sozialen Schutz für Selbständige sichern: Entfristung der Regelung für die freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbständige, Verbesserung des Zuganges und zeitlich befristete Öffnung für bereits langjährig selbstständig Tätige.

Arbeitsbedingungen im Briefmarkt - Prekarisierung verhindern Sozialklausel nach § 6 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 Postgesetz (PostG) und Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für die Branche Briefdienstleistungen (BriefArbbV) auf Grund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)

Gut zehn Jahre nach Verabschiedung des Postgesetzes und nach der mittlerweile vollständigen Liberalisierung des Briefmarktes in Deutschland zeigt die bisherige Entwicklung des Wettbewerbs und der sozialen Standards im Briefsektor, dass dieser Teilarbeitsmarkt droht, insgesamt zu einem Niedriglohnsektor zu werden. Es dominieren prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die nur noch als „Hinzuverdienstmöglichkeiten“ zu einem weiteren Erwerbseinkommen geeignet sind. Viele Beschäftigte müssen zunehmend staatliche Transferleistungen in Anspruch nehmen. Es ist zu befürchten, dass mit diesem beschäftigungspolitischen Wandel nicht nur die soziale Sicherung der einzelnen Beschäftigten untergraben wird, sondern damit auch eine Aushöhlung der vorrangig beitragsfinanzierten sozialen Sicherungssysteme einhergeht. Die Bundesregierung wird mit der Großen Anfrage aufgefordert, dazu Position zu beziehen und zu erklären, mit welchen Maßnahmen sie dem entgegenwirken will.

Bericht zur Lage von Menschen mit Behinderungen auf Grundlage der UN-Konvention- Aktionsplan zur Umsetzung auf den Weg bringen

Der Bericht der Bundesregierung gem. § 66 SGB IX versucht die Lage von Menschen mit Behinderung darzustellen. Eine umfassende Darstellung kann aber aufgrund der im Bericht mangelhaft dargestellten Datenlage nicht gelingen. Hier gilt es, Verbesserungen herbei zu führen, die eine realistische Bewertung ermöglichen. Die Bundesregierung wird in diesem Antrag u. a. aufgefordert, eine ausreichend gesicherte Datenlage für den Bericht der Bundesregierung zur Lage der Menschen mit Behinderung und der Entwicklung ihrer Teilhabe für die 17. Wahlperiode, z.B. durch die Förderung der Lebenslagen-Forschung, zu schaffen. Weiterhin soll die Bundesregierung einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gemeinsam mit den Interessengruppen und Verbänden entwickeln, diesen mit den Ländern abstimmen und dem Deutschen Bundestag über den Fortgang regelmäßig Bericht erstatten.



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Den Sport in Europa voranbringen

In dieser Woche wird abschließend über unseren Antrag „Den Sport in Europa voranbringen“ beraten. Während der Sport sowie seine Organisationsstrukturen und Regeln schon lange internationalisiert sind, sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen, in denen sich der Sport bewegt, bislang weitestgehend durch nationale Regelungen definiert. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der engen Vernetzung des Sports, besonders in der Europäischen Union (EU), schwer nachzuvollziehen. Bis zum Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon ergaben sich in der EU nur aus horizontalen Regelungen, etwa dem Recht auf Freizügigkeit von Arbeitnehmern oder durch allgemeingültige Gesundheitsstandards, gemeinsame Bestimmungen, die auch den internationalen Sport betreffen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Kompetenzen, die sich für die EU aus dem Artikel 165 des Vertrages von Lissabon ergeben, von Beginn an im Sinne und zum Wohle des Sports zu gestalten. Schwerpunkte sollen sowohl in der Förderung des Breitensports und der ehrenamtlichen Strukturen als auch in der Unterstützung des Spitzensportes gesetzt werden. Ein EU-Sportförderprogramm soll aufgelegt, der Sport in bestehenden Programmen weitergehend integriert werden. Gefahren, die sich für den Sport u. a. durch Doping und Manipulation ergeben, soll auf europäischer Ebene entschieden entgegen getreten werden. Europäische Regelungen, die die wirtschaftlichen Aktivitäten des Sports tangieren, sollen die Besonderheiten des Sportsystems berücksichtigen.



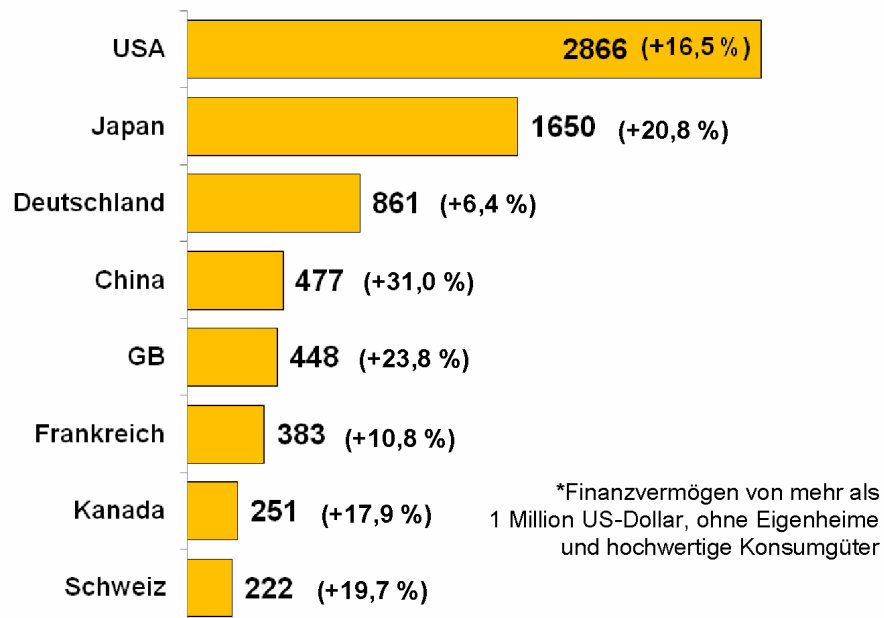
Sigmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

III. Grafiken

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Krise vorbei? Für die Reichen

Zahl der Dollar-Millionäre* 2009 in 1000
(Veränderungen zum Vorjahr in Prozent)



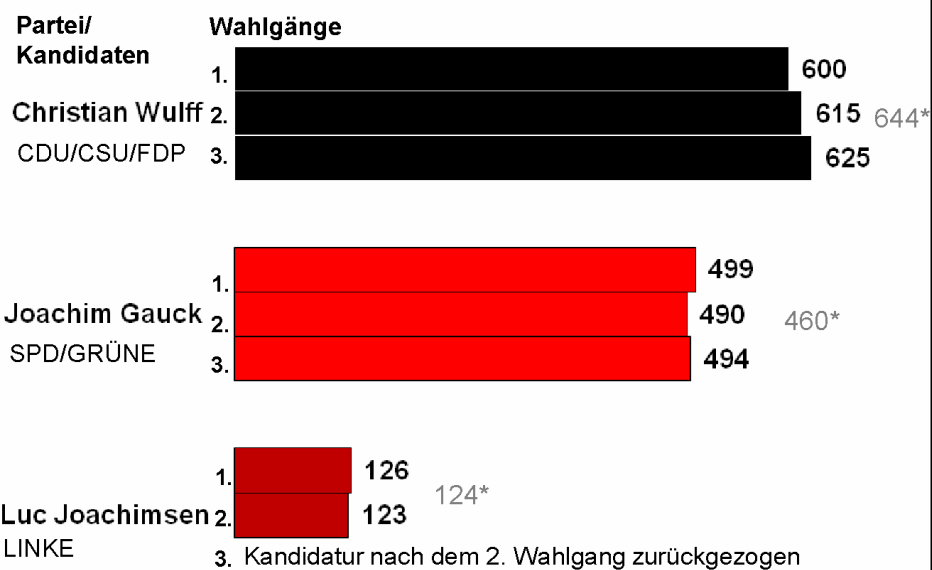
Es ist eine kleine Gruppe, doch sie verfügt über große Ressourcen. Rund zehn Millionen Menschen weltweit hatten 2009 ein Finanzvermögen von mehr als einer Million Dollar. Die Reichen der Welt haben die Finanz- und Wirtschaftskrise bereits hinter sich gelassen, lautet das Ergebnis des 14. Weltwohlfahrtsberichts. Danach ist vor allem wegen der steigenden Kurse an den Aktienmärkten die Zahl der Dollarmillionäre im vergangenen Jahr um 17,1 Prozent auf zehn Millionen Menschen gewachsen. Beachtlich ist die Dynamik in China, wo binnen eines Jahres ein Zuwachs von mehr 30 Prozent zu verzeichnen war. In Deutschland sind etwas mehr als 50.000 Neu-Millionäre hinzugekommen. Wir fordern eine angemessene Beteiligung von Finanzvermögen und Spitzenverdienern an den Kosten der Krise.



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bundesversammlung

Das Ergebnis der Wahl des Bundespräsidenten
am 30. Juni 2010



* Lagergröße am Wahltag

44 Abweichler bei Schwarz-Gelb	Bild, 1.7.2010, S.1
Denkzettel für Angela Merkel	SZ, 1.7.2010, S.1
Schwarz-Gelb düpiert Merkel	FR, 1.7.2010, S.1
Wulffs Wahl ist Merkels Niederlage	Berliner Zeitung, 1.7.2010, S.1
Klatsche für Merkel	taz, 1.7.2010, S.2
Diese Schlappe wirkt nach	Der Tagesspiegel, 1.7.2010, S.1
Versteinerte Gesichter, gefallene Masken	FAZ, 1.7.2010, S.3
Merkel flieht zur Fußball-WM	FTD, 1.7.2010, S.11



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Gute Reise!

Wo ist der Urlaub günstig?

Kaufkraft des Euro in ausgewählten Urlaubsländern

Polen	1,21
Ungarn	1,16
Kroatien	1,09
Portugal	1,01
Großbritannien	1,00
Griechenland	0,96
Spanien	0,96
USA	0,94
Österreich	0,94
Italien	0,90
Frankreich	0,88
Schweden	0,87
Schweiz	0,80
Dänemark	0,79

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesverband deutscher Banken
Stand 5/2010